

Sie am besten
...
Krausg.
Hirsch.
dorf: 3. Hirsch.

zeigen an
...
Nagold

...
Nagold
...
den 31. März 1921

Anna Reichardt
...
den 28. März 1921

Maria Geigle
...
den 28. März 1921

Gottesdienst-Ordnung
...
den 28. März 1921

Gottesdienst-Ordnung
...
den 28. März 1921

Bestellen an jedem Werk-
...
Nagold, nach Verhältniss.

Der Gefellschaffer

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

№. 71

Dienstag den 29. März 1921

Vertreter der Zeitung im
...
Telegraphen-Adresse:
Gefellschaffer Nagold
Postfachkonto:
Stuttgart 5118.

Der Kommunistenputsch.

Heberall im Reich stockert es auf. Wieder beginnt im Innern des Landes der Kampf um die Macht, und dieses in dem Augenblicke, in welchem unsere außenpolitische Lage sich in einem schweren Krisenzustande befindet. Man mag über Wirtschaftsformen und ihre Vorteile für das Volk denken wie man will. Jedenfalls aber ist ein gewalttätiger Versuch, eine Theorie der Verwickelung zu führen zu wagen, in dem Augenblicke, wo es für das deutsche Volk um Sein und Nichtsein geht, ein Verbrechen am Leibe des eigenen Volkes, eine Unverantwortlichkeit gegen Kind und Kindeskinde, die nicht schwer genug geahndet werden kann. Es ist Wahnsinn! Oder glauben jene Kreise, die am Werke sind, ernsthaft, ohne Zusammengehen mit den anderen Völkern, der Wirtschaft Europas ihr Gelingen geben zu können? Das dürfte doch eine Ueberheblichkeit ohne Gleichen sein. Und wenn das nicht, so ist es eben ein Mangel an Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge. Die Wirtschaft ist ein organisch aufgebautes Körper, in welchem jedes Glied seine vorgeschriebenen Funktionen hat, die nicht ungefragt geändert werden können. Das haben der Krieg, die Blockade und heute wieder die Sanktionen, welche nicht einmal durchgeführt sind und doch schon ihre Schatten voraus geworfen haben, bewiesen. Trotzdem glaubt man, nachdem man mit dem Völkerverbund und vielen anderen mehr, dem man leichfertiger Glauben schenkte, die schlimmsten Erfahrungen gemacht hat, an eine Rettung durch die sogenannten „Wirtschaften“? Wann wird endlich einmal der Deutsche lernen? Projekte wie sie der Kommunismus in Deutschland verwirklichen möchte sind nur zu erreichen, wenn der Kommunismus zum Weltglauben, wenn sich die Menschen ohne Unterschied der Nationalität zu jenen vollkommenen Wesen entwickeln haben, wie es eben die kommunistische Doktrin verlangt. So lange dieses nicht der Fall ist, können deutsche Kommunisten höchstens Deutschland mordeten aber nicht retten. Die Reichsregierung entschloß sich endlich mit Willkürgehalt den Aufstand niederzuschlagen. K. M.

Ueber die letzten Ereignisse tragen wir das Folgende nach:

Gefühlshampf bei Kloster Mansfeld.
Kloster Mansfeld, 26. März. Nach planmäßigem Aufmarsch der Reichswehr, war nach kurzem Kampf Deutsch in Händen der Sicherheitspolizei. Zwischen Deutsch und Kloster Mansfeld entwickelte sich um die Mittagszeit ein heftiges Feuergefecht, wobei auf Seiten der Sipo Artillerie einwirkte. Diese brach sehr bald das Gewehrfeuer zum Schweigen. Gegen 6 Uhr abends zog die Sicherheitswehr in Mansfeld ein. Die Truppen wurden bei ihrem Vormarsch durch die Straßen von Kloster Mansfeld aus dem Göttern beschossen. Gegenwärtig befindet sich der Hauptteil der kommunistischen Bewegung in Ostpreußen.

In Mansfeld wurden Rauschgiftstoffe des Kommunistenführers Weg Blig vorgefunden, in welchem er zum Aufbruch ansetzte. Berechnungen von verhafteten Kommunisten haben ergeben, daß schon seit längerer Zeit die Arbeiterchaft in Mitteldeutschland planmäßig durch russische Agenten bearbeitet und aufgereizt worden ist. In zahlreichen kommunistischen Versammlungen habe man die Osterfeier als den Tag des Sozialismus festgesetzt.
Gegen 10 Uhr abends ist Helbra von der Schutzpolizei besetzt worden. Im Wertheimer Gebiet kamen einige Plünderungen und Heberfälle vor.

Die Haltung der preussischen Regierung.

Der Minister des Innern, Hiltl, hat sich, wie von unabhängiger Seite mitgeteilt wird, weder von rechts noch von links in seinem Handeln betreten, sondern treffe die notwendigen Maßnahmen, die mit Rücksicht auf die Arbeiterchaft eine reine Polizeifunktion sein solle. Wenn nötig werde eine Verstärkung der Schutzpolizei mit schweren Waffen vorgenommen werden, zum Teil sei dieses bereits geschehen. Nichtwehrgewaltigen werden nicht verwundet und sollen auch nicht verwundet werden.

Berlin, 27. März. Um jedweden Unruhen vorzubeugen, ist die Reichswehr um die Hauptstadt herum bereitgestellt worden. Am Spinnabend mittig kam es zu einem Zusammenstoß zwischen großen Trupps von Demonstranten, welche aus einer Versammlung in Friedrichshagen kamen, und einer acht Mann starken Ordnungspatrulle der Schutzpolizei. Die Menge schloß sich auf die Demonstranten, welche sich sehr bald in großer Bedrängnis befanden. Der Führer ließ deshalb sich endlich das Feuer eröffnen. Zwei Verletzte wurden geendet, vier Kavareier verwundet.

Gumburg 26. März. Am Karfreitag suchten sich die Kommunisten in den Besitz der Stadt zu setzen, mußten aber schließlich in Folge eines starken Aufmarsches der Ordnungspolizei von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Zahlreiche Arbeiter wurden entwaffnet und eine größere Menge der Hauptredaktionsmitglieder festgenommen.

Die sozialdemokratische Partei nahm gegen einen Terrorismus der Kommunisten in Aufsehen stark Stellung und warnt ihre Mitglieder.
In Braunschweig, Leipzig, Erfurt, Jena und Königsberg wurde der Aufstand von den Kommunisten propagiert, jedoch waren überall die mehrheitsloyalistischen Arbeiter die Arbeiterschaft von diesen wahnwitzigen Vorfällen.

Attentate auf Gebäude in Halle.
Halle, 25. März. Während die Festungsarbeiten in Halle heute von der Polizei bewacht waren, haben um 11 Uhr abends, kurz vor Redaktionsschluß, bisher unbekannte Attentäter ein Attentat auf das Gebäude der „Saale-Zeitung“ verübt. Zwei Handgranaten wurden in die Räume der „Saale-Zeitung“ geworfen. Das Maschinenpersonal konnte flüchten. Eine Rotationsmaschine und das Abwasserwerk wurden schwer beschädigt. Da auch aus verschiedenen anderen Stadteilen Demonstrationen zu hören sind, vermutet man, daß gleichzeitig noch einige Attentate durch Sprengungen oder dergleichen verübt wurden.

Der Terror im Gefell.

Halle, 26. März. Die Lage im Gefell ist ähnlich wie in Penna. Augenblicklich berichtet dort im menschenleeren Revier mit seinen vielen Kohlengruben ein Attentatsanschlag, dessen Hauptquartier sich in Reumarktstraße in einem Gasthause befindet. Die im Amt verbliebenen Beamten wurden auf eine neue Verlesung verpflichtet. Wer sich nicht füge, wurde sofort entlassen oder für verhaftet erklärt. Die Beamten flüchten sich zum größten Teil dem Terror, in der richtigen Zeit nicht, daß die Herrschaft doch nur ganz kurze Zeit dauern würde. Mit dem Einmarsch hat der Attentatsanschlag einen Reaktionswert erreicht. Der Grund für die Begeisterung bei der Roten Armee ist die Tatsache, daß im Laufe des Tages im Gefell Hunderte von roten Soldaten von dem Recht der Fahnenflucht ausgiebigen Gebrauch machten. Der Attentatsanschlag verläuft nach über ungefährt tausend Mann, für die allerdings sämtlich W. für vorhanden sind. Die Sicherheitspolizei ist noch nicht im Gefell eingedrungen, sie beschloß sich darauf, zuerst die Jagden nach Verlebung zu sichern durch harte Polzen am Befestigungslager von Werleburg. In Halle ist die Lage noch ruhig.

Das „Hauptquartier“ im Penna-Berh.

Gedrückte Stimmung bei den Kommunisten.
Halle, 26. März. Der Teil der Arbeiter in Halle, der gewillt ist, dem kommunistischen Kasten Folge zu leisten, scheint es auf Straßenkämpfe in Halle selbst nicht ankommen lassen zu wollen. Weiter nach haben etwa 2000 bis 3000 Mann auf die Aufforderung des hiesigen Kommunistenführers Bont hin, in Arbeiterkleidung die Stadt Halle verlassen, um die Mansfelder und Götterener Kohlenfelder zu verheeren. Eine Waffenverteilung scheint in Brudowitz stattgefunden zu haben, doch sind die Banden allem Anschein nach mit Waffen und Munition schlecht versehen. Eine letzte Verhärkung an Waffenmaterial haben sie aus Bitterfeld erhalten. Einem Arbeiter der „Halleischen Zeitung“ ist es gelungen, als Arbeiter verkleidet, ins Penna einzuwandern. Er erzählt, daß die Stimmung dort sehr gedrückt sei, und daß die vernünftigen Elemente die Verpehtigkeit dieses Russen jetzt schon erkennen. Die Führer sind durchweg Elemente, die den Arbeitern unbekannt sind, zum Teil treten sie in eleganter Kleidung auf. Obwohl man im Interesse der Disziplin mit den Arbeitern durchaus rigores verfährt, macht die militärische Behandlung einen unwilligen Eindruck. In der Nähe des sogenannten Generalstabes in der Parade Nr. 74 befindet sich die Hauptwache. Die Sicherung des Werkes geschieht durch verstärkte Feldwachen, die notwendig verhängt sind, und durch einen Posten, Arbeiter, die gefesselt waren, hat man aus den Jagen wieder herausgeholt. Das größte Gewicht wird von der Roten Armee auf die Sicherung längs der Bahnstrecken gelegt. Eine bewaffnete Bergelmannswehr führt dauernd auf dem Bergbahnsteig bis Corbeiba zur Beobachtung der Hauptbahn. Der Zugverkehr Frankfurt am Main—Halle—Berlin wird nicht unterbrochen; selbst die Güterzüge können passieren. Die Bewaffnung des Werkes besteht außer annähernd 1000 Gewehren und Rotativrevolvern mit aus drei schweren Maschinengewehren. Mit großer Mühe will man in den unmittelbaren Ortschaften Sachen requirieren. Die Aquisitionszüge, die in dieser Richtung ausgeführt werden, haben meist nur unermessliche Resultate. Die Zentralstelle versorgt die Leute mit Lebensmitteln, die Bekleiderer stellt das Brot her. Vier Mann zusammen erhalten täglich ein Brot. Die Arbeiter erklären, daß Anfang der nächsten Woche mit den Behörden verhandelt werde. Sollte man auf kein Entgegenkommen, so werde der Kampf beginnen. Im ganzen betriebe die Bewaffnung des Werkes aus höchstens 5000 Personen. Der „Halleischen Allgemeinen Zeitung“ zufolge verfügen die Roten Reimenter über einen wohlorganisierten Nachrichtendienst mit Kabelferngruppen. Zwischen Penna und Annaberg sind von den internationalen Banden etwa 800 Gewehre, die größtenteils nagelneu sind, an die

Rote Kampftruppe verteilt worden. In dem halbeschen Bezirk Kelleben liegt noch ein Attentatsanschlag der Roten Armee. Diese Armee erlitt Aufrufe, welche dazu auffordern, sämtliche verhafteten Arbeiter zu belästigen, die sich offer niederzubringen und die Bourgeoisie abzuschlagen. Wie aus zuverlässiger Quelle verstanden, ist zur Unterdrückung des Aufstandes in Mitteldeutschland Reichswehr mit Geschützen u. Panzerkraftwagen in beträchtlicher Stärke abgefordert worden.

Ein Anschlag auf das Frankfurter Opernhaus.

Frankfurt/Main, 29. März. In der Nacht zum Ostermontag wurden durch die Wächter im Ruffenhof des Opernhauses an zwei Stellen Brandherde entdeckt. An der einen Stelle hatten die Täter die Fenster zertrümmert und Zündstoffe in den Raum geworfen und dadurch mehrere Gegenstände in Brand gesetzt. Die Flammen konnten noch rechtzeitig gelöscht werden. An der zweiten Stelle fand man Zündstoffe, die unter einer eisernen Tür in das Haus geschoben worden waren, wo sie abbrannten, ehe sie die in unmittelbarer Nähe befindlichen Ruffen erreichen konnten.

Die Unruhen um Leipzig.

Leipzig, 28. März. In der Nähe von Rockransthal fand zwischen bewaffneten Arbeitern die von Leipzig nach den Demowerken zogen, und Schutzpolizei ein Feuergefecht statt. Näheres ist bisher nicht bekannt.
Bei dem verstorbenen O. Schmidt in Müden, das mit der Flucht der Kuhlitzer endete, haben diese, wie jetzt feststeht, einen Toten, zwei Schwere und zwei Leichtverwundete erlitten. Der Landespolizei seien zahlreiche Waffen und Munition in die Hände.

Nächtliches Dynamitattentat am Charlottenburger Bahnhof.

Berlin, 26. März. Heute nacht um halb 2 Uhr war im ganzen Westen und Zentrum Berlins ein gewaltiger Knall zu vernehmen, der nur von einer großen Explosion herrühren konnte. Unsere Nachfragen haben ergeben, daß es sich um ein Dynamitattentat gegen die große Eisenbahnbrücke an der Dönhofsstraße in Charlottenburg, über die der gesamte Berliner Stadt- und Fernverkehr geht, gehandelt hat. Soweit bei der vorgerückten Nachtstunde noch zu ermitteln war, scheint die Brücke selbst unbeschädigt geblieben zu sein. Die Sprengladung hat nicht den beabsichtigten Weg genommen, sondern durch feindliche Explosion eine in der Nähe befindliche Behälterfabrik abblitz in die Luft zerplatzt. Die Explosion war so stark, daß einzelne Gebäude davon bis in weiter entfernt liegende westliche Straßen klagten.

England und die Sanktionen.

Der „Mann, der den Krieg gewann“, Lloyd George, kann nun auch mit einigen Rechten erklären, daß er, zum mindesten, die Machtverhältnisse geschaffen habe, um Deutschland zum Frieden zu bringen. Jedenfalls glauben die englischen Staatsführer, aber eben vor, es zu versuchen, daß die französische German Reparation (Recovering) Bill England seinen eigenen Reparationsansprüchen entgegenwerde. Wollte Lloyd George also heute sein Amt niederlegen, um zu einer glücklicheren Zeit mit unbelastetem Programm wieder hervorzutreten zu können, so könnte er es vor der gedanklichen Straßenszene mit einem Gefühl tun, denn er hat — nach außen hin — das Mögliche vollbracht, um sein wichtigstes Wahlversprechen einzulösen. Der englische Premierminister denkt zwar gegenwärtig trotz der Schwermut seiner Position, die der päpstliche Rücktritt Bonar Law verurteilt hat, nicht daran, politische Feste zu nehmen, aber offenbar ist in seiner ganzen Behandlung des Reparationsproblems sehr viel Wohlwille zu suchen für Deutschland bedeutet jedoch dieses Verhalten eine erhebliche Verschlechterung seiner an sich schon sehr schwierigen Lage. Bis vor wenigen Wochen noch war die breite Öffentlichkeit in England in Bezug auf die Aussicht, für englische Konten aus Deutschland irgendwelche neuveranschlagten Reparationssummen herauszubekommen, höchst resigniert, jetzt aber hat das Wandern von Lloyd Georges auch im englischen Volk die Gedulde wieder zum Erwachen gebracht. Das werden nicht allein wir zu spüren haben, sondern auch Englands Alliierte und vor allem das wirklich reparationsbedürftige Frankreich. Der größte Teil des deutschen Währungsdebits steht nach dem britischen Weltmarkt. Zeit die 50 Prozent Sanktion in Kraft, so wird England aus ihr also den Löwenanteil erhalten. Doch es wird mit seinen Bundesgenossen nicht teilen. Das ergibt aus den Debatten im Unterhaus klar hervor, und das zeigt mit besonderer Deutlichkeit die folgende Erklärung des Schatzkanzlers Chamberlain: „Die Sanktionswahre der britischen Regierung ist vom Premierminister während der Kommissionsverhandlungen mitgeteilt worden. Sie ist die, daß die

Einnahmen aus der Abgabe auf ein Sonderkonto der Bank von England gezahlt werden. Von diesem Konto beabsichtigt die Regierung bis zur Höhe unseres Reparationsanspruches in jedem Jahre zu ziehen; Überschüsse werden nach den noch von den Alliierten zu treffenden Entscheidungen zu behandeln sein." Also, England will sich in erster Linie bezahlt machen und von irgendwelchen moralischen und tatsächlichen Vorkriegsrechten Frankreichs und Belgiens ist nicht mehr die Rede.

Es gibt noch andere englische Regierungserklärungen zu der Frage der Sanktionen, die die öffentliche Aufmerksamkeit verdienen. Wie meinen besonders die Erklärung des Attorney General Sir G.ewart im Unterhaus am letzten Freitag über die Geschwindigkeit der gegen Deutschland zur Anwendung gedachten Gewaltmaßnahmen. Etwas gerufen war diese Auslassung der obersten englischen Justizautorität durch eine Bemerkung des Lord Robert Cecil (Cecil, der Vorkämpfer des Balfourbundes, hat sich bei dieser Gelegenheit wiederholt noch charakteristischer und schwächlicher benommen als die Wortführer der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Liberalen; die unabhängigen englischen Organe schämten sich offen dieses Verlangens, der auf die Richtigkeit einer solchen Erklärung, wenigstens für Propagandazwecke, aufmerksam gemacht hatte. Viel Propaganda für die Sanktionen wird der Attorney General freilich mit seinem Hochschwätzen nicht machen können, obgleich seine Rede, wie ich schon sagte, recht wirkungsvoll gewesen sein soll. Auf irgend welche Bestimmungen des Friedensvertrages konnte er die Gewaltmaßnahmen überhaupt nicht stützen. Der für die Abschaffung des Rheinlandes oft herangezogene Artikel 270 des Versailler Vertrages unterließ er z. B. völlig zu erwähnen. Denn tatsächlich ist dieser Artikel, der den Alliierten gestattet, im besetzten Gebiet eine eigene Polizeibehörde einzuführen, sofern diese Maßnahme im wirtschaftlichen Interesse der Bevölkerung erforderlich erscheint, ganz sicherlich eher gegen als für die Abschaffung heranzuziehen, da den wirtschaftlichen Interessen der Rheinländer durch den Gewaltübergang in empfindlicher Weise geschadet wird. Und auch mit den übrigen von den Sanktionspolitikern benutzten Vertragsartikeln weiß Sir G.ewart wenig anzufangen. Artikel 430, der im Fall einer Nichterfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland die Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete der Besatzungsmächte erlaubt, kommt nach seiner Erklärung „für das künftige verlässliche Vorgehen nicht in Betracht“. Und was die berühmten §§. 17 und 18 des Kapitels II zum Teil VIII des Friedensvertrages anbetrifft, mit ihrem kühnen und selbstvertrauensvollen „wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen, überhaupt solchen Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten“, so gab er ebenfalls offen zu, daß es schwer sei, sich das Argument zu eigen zu machen, diese Bestimmungen seien streng genommen auf das Vorgehen anwendbar. Obwohl Sir G.ewart keinerlei Vertragsbestimmungen anzuführen wußte, so kam der rechtschaffenste und redlichste britische Attorney General dennoch zu dem überraschenden Schluß, daß die in London beschlossenen Gewaltmaßnahmen unter dem Vertrag vollumfänglich berechtigt seien. Es ist natürlich, daß es zu ernsthaften Rückschlüssen Deutschland auf zwei Gebieten gekommen sei, nämlich bezüglich der Entwaffnung und der Verfolgung der Kriegsverbrecher, und ferner, daß sich Deutschland in der Reparationsfrage nicht genügend Mühe gegeben habe, eine Regelung durch Vereinbarung zu erlangen. Wenn die Auffassung des Attorney General von dem englischen Volk geteilt wird, dann entspricht es also dem britischen Volk, jemand, der sich weigert, in einer französischen Schuldfrage seine Unterstützung zu leisten, deswegen unter Verletzung auf Bestrafung in Strafe zu nehmen, die mit der Sache nicht das Mindeste zu tun haben. Diese Argumentation ist dem höchsten Vertreter des britischen Rechtswesens selber offenbar ungenügend angekommen. Denn er läßt fort: „Die von den deutschen Delegierten auf der Londoner Konferenz gemachten Vorwürfe haben auf die Erklärung der Alliierten hinaus, den Friedensvertrag in der vitalen Angelegenheit der Reparation nicht zu erfüllen. Sieht man von der schlichten Unrichtigkeit dieses Werturteils ab, so ist doch die Frage erlaubt, ob nach britischen Rechtsbegriffen jemand für eine Absicht bestraft werden kann? In der Tat handelt es sich ja in der allgemeinen Reparationsfrage vor dem 1. Mai nur um Absichten. Aber auch das ist nicht der eigentliche Rechtsboden, auf dem der

Attorney General steht. Der Rechtsboden ist vielmehr nach seinen Schlussworten dieser: „Wenn das von Herrn Brandt vorgebrachte Argument dahin geht, daß es unter dem Vertrag und in Bezug auf den Vertrag Sanktionen gibt, zu denen die Alliierten nicht allein berechtigt sind, sondern an deren Festsetzung sie sowohl in Bezug auf den Gegenstand der Reparationen wie auch hinsichtlich aller anderen Verträge gegen den Vertrag gehalten sind, dann stimme ich vollkommen mit ihm überein. Das ist die Ansicht der Regierung Seiner Majestät.“ Mit anderen Worten: Die Sieger, die den Friedensvertrag diktiert haben, halten sich zu jeder Zeit durch die Vertragsbestimmungen in keiner Weise vorgegebener Maßnahmen berechtigt, wenn Deutschland irgendwie bei der Ausführung des Friedensvertrages versagt.

Kritisch ist dieser Rechtsstandpunkt des ersten Vizepräsidenten des britischen Rechtswesens sicherlich nicht, aber er ist ungenügend politisch. Hat er tatsächlich in den Rückschlüssen der Alliierten Geltung, dann wäre das höchst unglücklich. Dann entscheidet nämlich über die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Feinden nicht der Vertrag, sondern allein die Machtverhältnisse der Sieger. Man könne dieser Auffassung im Rechte der zu Beginn unserer Artikel festgestellten Absicht Chamberlains, die 50prozentige Exportabgabe auf Konto des englischen Reparationsanspruches einzuführen, die Meinung entgegenzusetzen, daß jede alliierte Macht sehen soll, wie sie auf ihre Kosten kommen kann, die Weiten durch die Konfiskation der halben deutschen Ausfuhrwerte, die Franzosen durch ein Zollregime im besetzten Gebiet und durch weitere Befehlungen. Doch so weit sind wir glücklicherweise offenbar noch nicht, denn aus den meisten verantwortlichen Erklärungen der verschiedenen Staatsmänner spricht immer wieder der Wunsch, mit Deutschland zu neuen Verhandlungen zu kommen. Aber der von dem britischen Attorney General in Übereinstimmung mit Brandt vertretenen Auffassung wehrt die Tendenz der Ausfuhrbeschränkung. Derartige Grundzüge, auch nur theoretisch, anzustellen, ist ungenügend gefährlich und erdrosselt es dem deutschen Volk ganz außerordentlich, weiter einen schlichten Verhandlungswillen zu zeigen, der sich auf die Hoffnung, doch noch zu einem guten Ende zu kommen, stützen kann.

Oberschlesien.

Frecher Hohn oder freche Lüge.

Die franz. Zeitung „Echo de Paris“ schreibt: Die alliierten Regierungen sind endlich von den Erfolgen, welche die Kommission bei der Aufrechterhaltung der Ordnung während der Abstimmung in Oberschlesien erzielt hat. Lord Curzon hat im Rahmen der großbritannischen Regierung seinem Delegierten in Oppeln Glückwünsche für die brillante Leistung, mit welcher er seine schwierige Aufgabe während der Abstimmung erfüllt habe, übermittelt.

Dabei berichten Augenzeugen von einem Terror ohne gleichen; eine Hochpost sagt die andere, und scheinbar Bemerkungen nach seinen Eroberungskämpfen von Deutschen, Polen und Engländern einerseits gegen Polen und Franzosen andererseits. Wenn Frankreich Glückwünsche übermitteln, so beruhen diese wohl auf sehr gemischten Gefühlen. Denn, wenn es nach seiner Politik gegangen wäre, würde kein deutscher Abstimmungsbeauftragter lebendig aus Oberschlesien wieder herausgekommen sein. Andererseits aber muß es wohl auch einen zum bösen Spiel machen, wenn ihm sein großer Bruder auf die Nase zu vorwichtigen Finger knipft. Jedenfalls aber zeigt die obige Meldung wieder einmal, wie weit die schamlose Verlogenheit der Alliierten geht.

Hilferuf aus Oberschlesien.

Kattowitz, 25. März. Durch Frankreich ist ein Hilferuf aus Oberschlesien „An die Mächte der Welt“ verbreitet worden, worin es heißt: In unsern Dörfern und Städten wird geraubt, gemordet und geplündert, unsere Häuser werden angezündet, wir werden geprügelt; Männer, Frauen und Kinder mit Säcken und Gummihandschuhen geprügelt. Wir müssen aus unseren Wohnungen fliehen und sind ohne Obdach. Das alles geschieht unter den Augen der fremden Soldaten, von denen uns manche wohl helfen wollten, aber nicht taten, weil sie dem Willen Einzelner unterstellt sind. Gerecht ist es mit Curzon zu sagen, daß dieser Eingriff, unbillig zurechnend, Räuber und Mörder beschützt, anstatt Menschenrecht und Frieden? Er lobt uns, wenn er von unserer Freiheit spricht; er beschimpft uns, wenn

er erklärt, die Machtteile hierzu komme aus Curzon Hand. Über diese Worte und handelt nach ihnen, wenn Ihr Menschen seid! Ihr seid frei, wir sind es nicht!

Leichte Verabingung in Oberschlesien.

Kattowitz, 29. März. Infolge des über die Kreise Kattowitz, Bielefeld und Rhinid und die Stadt Königsberg verhängten Belagerungszustands ist ansehnend eine leichte Verabingung eingetreten. Wenigstens hat der Festungsbefehltrag nachgelassen und die Schiedsrichterliche Verhandlung hat vorzeitigem Ausbruch nachgelassen und die Schiedsrichterliche Verhandlung hat vorzeitigem Ausbruch nachgelassen. Nur vereinzelt laufen noch Meldungen über Gewalttaten ein, deren Opfer zum meist deutcharaktere Beamte und Arbeiter sind, die zum Teil schwer verletzt wurden.

Ausbehnung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

Bunten, 29. März. Der Belagerungszustand in Oberschlesien ist auf die Kreise Kattowitz-Stadt und Land und Rhinid-Stadt und Land ausgedehnt worden. Das Gebiet von Kattowitz und Bielefeld wurde einem gemeinsamen Kommandanten, dem italienischen Obersten Salvo, unterstellt. In Rhinid und Bielefeld sind die Besatzungen nicht unter Besatzung gestellt worden. Auch sonst werden die für die Sicherheit erlassenen Bestimmungen über den Belagerungszustand von den Verordnungen im Festungsbereich ab. Für Rhinid und Bielefeld ist ein außerordentliches Gericht mit dem Sitz in Rhinid unter dem Vorsitz eines englischen Kapitäns gebildet worden.

Amerika und der Europa-Frieden.

Bermutungen.

London, 26. März. Die Morning Post meldet aus Washington, daß die Republican Publicity Association, die eine große Zahl von republikanischen Vätern über die Politik der Republikaner unterrichtet, eine Mitteilung veröffentlicht habe, worin es heißt, das Land könne sich zu den Vorkriegsbedingungen mit Europa nicht und es bestehe keine Gefahr, daß Harding sich durch die listigen Rufe der europäischen Diplomaten von diesem Wege abbringen lasse. Die Alliierten hoffen, daß die Ver. Staaten ihre Sympathie für die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland zeigen würden und hätten die Eröffnungserklärung des Präsidenten Harding dahin ausgesagt, daß Deutschland nicht auf die Sympathie der Ver. Staaten rechnen könne. Die Staatsmänner Europas wollten sich nur keiner Erklärung hingeben, denn die Ver. Staaten würden sich in die Ablehnung des Friedensvertrages nicht einmischen. Der Streit über die deutschen Zahlungen müsse den Beteiligten überlassen werden. Amerika sei aus Europa heraus. Es sei nur eine offizielle Belanunng dieser Tatsache erforderlich, ein Antrag oder eine Entschuldig des Konvents, um genau dieselben Friedensbedingungen wiederherzustellen, die vor Beginn des Krieges bestanden.

Generalstreik im besetzten Gebiet?

Köln, 26. März. Die hiesigen Kommunisten erlassen einen Aufruf, in dem die Arbeiter des besetzten Gebietes zur höchsten Kampfbereitschaft aufgefordert wird. Der Aufruf der Arbeiter im besetzten Gebiet sei von bestimmten Organen abhängig, deren Eintritt jeden revolutionären Arbeiter vor eine schwere Entscheidung stellen wird. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sei die Forderung des Generalstreiks im besetzten Gebiet nicht anzugehen worden; doch müsse die Arbeiterklasse des besetzten Gebietes jederzeit bereit sein, ihre Macht in die Waagschale zu werfen, „wenn die Stunde der Solidarität naht“.

Lord George und der Sozialismus.

Lord George hat dieser Tage vor der New Members Coalition Group (eine aus 112 Parlamentmitgliedern bestehende von beiden Häusern der Koalition zusammengesetzte Gruppe) eine große, inneweltliche Rede, in der er für eine Koalition zur Bekämpfung des Sozialismus eintrat. Lord George erklärte, die große Gefahr sei der phänomenale Aufstieg zur Macht einer neuen Partei mit neuem Charakter, nämlich der Sozialisten. Diese Partei nennt sich Arbeiterpartei. In Wirklichkeit sei sie eine kapitalistische Partei. Sie reiche die anderen Parteien in Stärke, um darauf die bürgerliche Gesellschaft in Stücke zu zerhacken. Der Sozialismus brauche die Festigkeit aller dessen, was Regierung, Propaganda und Führer beider Parteien seit Generationen mühsam aufgebaut hätten. Die unabhängigen Liberalen unterstühten diese Revolutionäre,

Drüben auf der anderen Seite das letzte Bild — hutz, und gleich daneben, das ist die verlorene Welt.“

Lange betrachtete Baron von Wendi das Bild des Grafen von Hollmannen.

„Ein merkwürdiges Gesicht“, dachte er, „stolz und doch liegt ein Zug von Schwäche darin. Mit meinem Freund und seinem Bruder ist nur eine gewisse Familienähnlichkeit vorhanden — dieser Graf Hans muß jedenfalls ein sehr feiner Mensch gewesen sein, sonst hätte er nicht so handeln können.“

Ein paar Minuten später stand er wieder in der Vorhalle, wo er Frau Müller für ihre freundliche Führung dankte. Dann begab er sich auf die Terrasse. Frau von Rehring fragte ihn:

„Wollen Sie nun gleich in den Park gehen oder erst ein wenig ausruhen?“

Er meinte, daß sie nicht wünschte über die soeben besichtigten Räume ein Gespräch zu führen. Sie versetzend antwortete er:

„Ich bin gar nicht müde und sage mich ganz Ihren Wünschen und Anordnungen, gnädige Frau.“

„Also dann gehen wir. Ich komme mit bis zum großen Rondell, Renate. Dort werde ich mich in die Laube setzen, während du dem Baron noch den See zeigst.“

„Der Park scheint sehr weitläufig zu sein“, bemerkte Baron von Wendi zu Frau von Rehring gewandt.

„Er ist einer der schönsten und größten Deutschlands“, erwiderte die alte Dame, als ob das selbstverständlich sei.

Am Ende der Allee, die sie jetzt durchschritten, war ein großes Rondell und daran anschließend ein Laubengang. Hier nahm Frau von Rehring in einem bequemem Sessel aus Pechstein Platz, während Renate mit dem jungen Offizier weiterging.

Endlich kam der See in Sicht. Einmal schaute sich ein Mann am Rand des Wassers, das von den Wäutern zahlloser Seeroten wie beständig fließen. Wenn diese Rosen alle blühen, das mußte ein bezauberndes Anblick sein. Rings

umstanden von hohen Bäumen wie das Wasser gleich einem Riesenauge, und gleich einem schönen Meer war es geheimnisvoll, tief und unergründlich.

„Ist das nicht wunderbar?“, fragte Renate, sich an ihren Begleiter wendend. „Wie ein kleines fides Märchen habe ich diesen Teil des Parks.“

Der Baron sah sie an. Sein Entschluß stand fest. Jetzt gleich wollte er zu Renate sprechen. Es war, als ob sie in seinem Blick seine Absicht gelesen hätte und jetzt voll Angst darüber nachdachte, wie sie seine Absicht vereiteln konnte. Doch fand sie keinen Weg.

„Renate — ich bin so glücklich, daß Ihre Großmutter mir erlaubt hat, hierher zu kommen. Seit jenem Tag, wo ich Sie auf dem Berg zum ersten Mal sah, weiß ich, daß ich Sie liebe. Darf ich hoffen, daß auch Sie mir ein wenig gut sind? Daß Sie meine Werbung erdären, und einwilligen, mit als meine Gattin auf mein Gut nach Thüringen zu folgen?“

Da sie schwieg, mit gefalteten Händen, aber schwer, wie schmerzvoll atmend da stand, fuhr er fort, und seine Stimme klang noch wärmer, noch dringender.

„Renate, ich bin zufrieden, wenn Sie nur etwas Neigung für mich fühlen, wenn Sie mich nur nicht ablehnen. Rein beiher Wunsch ist. Sie bald, sehr bald von hier, wo Schwestern aus Ihrem jungen unglücklichen Dasein lassen, fortzuführen — mein Schloß ist viel viel kleiner als Hollmannen, aber es ist ganz mein eigen, und soll von jetzt ab auch Ihr eigen sein. Und wenn einst, so habe er mit leiser Stimme fort, „Frau von Rehring das Zeilische seinet, dann geht es freilich wieder dieser ganze Park an die rechtmäßigen Erben, an die Grafen von Hollmannen. Ich würde nie einen Pfennig von dem Erbe annehmen und ich weiß und fühle, daß das in Ihrem Sinne gehandelt wäre.“

Er schwieg und sah zu seiner Entscheidung, daß Renate noch immer die Augen gesenkt hatte. Und doch — er fühlte, daß er ihr Zeit lassen mußte, ehe sie ihm antwortete.

(Fortsetzung folgt.)

War halb so leicht die Last wie der Erbsack,
Wir hätten eine ganze Welt voll Meckerhilde.
Knappe.

Im Schatten der Schuld.

54) Original-Roman von Hanna Forster.

Renate reichte der Großmutter den weißen indischen Schal, den die alte Dame leicht um die Schultern schlang, und dann begab sich die drei Personen in das untere Stockwerk. Hier stand in der Vorhalle schon ein Diner bereit mit einem Röschchen, das die Schlüssel zu den verschiedenen Räumen enthielt. Und neben ihm stand Frau Müller, im schwarzen Kleid mit den tabellierten weißen Manschetten und dem weißen Krage, wie dem geistlichen Mädchen sehr würdevoll und so recht wie eine Schlossverwalterin aussehend.

Der Baron besichtigte einen Raum nach dem andern und war von der Pracht dieser Säle aufs höchste erstaunt. Herrliche Gemälde und Gobelins, Kunstwerke der verschiedensten Art, und Möbel der berühmtesten Stilearten offenbarten einen vornehmen Geschmack.

In die Salons und den im altdeutschen Stil eingerichteten Speisesaal schloß sich eine prächtige Bibliothek, ein Musiksaal und zuletzt lag der Abenraum, in dem die Bilder der Grafen und Grafinnen Hollmannen hingen. Baron von Wendi sah die meist lebensgroßen Ölbilder mit besonderem Interesse an, schon weil es doch die Porträts seines Freundes waren. Er hatte schon ein paar mal eine Frage an Frau Müller gestellt, die sie so beantwortete, daß er wohl merkte, wie lange sie schon im Schloß weilte. Jetzt sagte er freundlich: „Da ich die beiden Damen nicht so lange warten lassen möchte, zeigen Sie mir doch bitte das Bild des Grafen Hans von Hollmannen, der zuletzt hier lebte.“

Ihre Kräfte
hohen Geistes
würden die
allein durch
Gefahr bewir
der E. H. m.
um die groß
entfesselten S
diese schickl
lands trefli

Aus

begleitende
werden. T
sondern aus
der Fall un
aber den W
ler als durch
tung und W
Auf eine A
berst erklärt
Dieses biete
mittel nicht
terwo sei m
die Beschäfti
ann auch a
bereitgestellt
trag von 90
wurde des
Grundschule
des 8. Schul
man anfang
später doch
also die Mo
Belehrung g
den bisher
sich 10 Ab
wären. W
der Gemein
betrag von
zu bewilligt
angemeldet
Wünsche die
die Heberfol
sich ergeben
nicht unange
der Stadtsch
mühsamlich
die Gemein
Schlag der

Silber

brachte jeder
Mitsiedel Or
ein Schloß
mit mehreren
Heber
dung zeger
und wenn e
Schilder in
ist der Sch
Bunten der
Ostert. Ein

Die

Vereine m
Schwarzwa
sigung im
der Vorstand
den vereinte
statute der
entnehmen w
— Kassenwa
590. Dann
schon am 5.
Stuttgart. 1
1) eine Ver
Wien. Obli
Wage zu lei
nicht neben
miteinander
res Vereins
der Rollen
gestaltet, d
behalten, d
geben zu las
1921 ab w
ben und den
aufsehen. D
gemachen. T
ist erschöpf
Vereinsvern
— Zum Sch
Zeichnungen
schreckend
Schwarzwa
gegen bei d
war. Dem
sammlung a
der Heimat
* Aus
teuren Volk
der Offenba

Es

Es
„B

„B

„B

„B

„B

„B

„B

„B

„B

„B

„B



